



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Europafragen und
Eine Welt
Herrn Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND UND
FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN
UND DIGITALES

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

März 2017

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Bénédicte Charbonnier benedicte.charbonnier@stk.rlp.de	06131 16-4742

9. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 9. März 2017

Hier: TOP 4: Hessen und Rheinland-Pfalz wollen in Sachen Brexit gemeinsames
Standortmarketing betreiben

Antrag nach §76 Abs. 2 Vorl. GOLT, Fraktion der CDU

Vorlage 17/1055

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der Absprache der Mitglieder des Ausschusses lasse ich Ihnen im Rahmen
der schriftlichen Berichterstattung Informationen zu TOP 4 in 7-facher Ausführung
zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

Landesvertretung in Berlin
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Büro der Bevollmächtigten,
für Medien und Europa

Philipp Hülsebusch
030 / 72629 – 1104
phuelsebusch@lv.rlp.de
3. April 2017

9. Sitzung des Ausschuss für Europafragen und Eine Welt am 09. März 2017

Bericht

TOP 4: Hessen und Rheinland-Pfalz wollen in Sachen Brexit gemeinsames Standortmarketing betreiben (Vorlage 17/1055)

Am 17. Februar 2017 trafen sich Vertreter der hessischen und rheinland-pfälzischen Landesregierung zu einem gemeinsamen Gespräch in der hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. Beide Landesregierungen bedauern das bevorstehende Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union. Es ist davon auszugehen, dass ein Austritt unmittelbare Auswirkungen auf die Hauptstadt London als Banken- und Börsensitz haben wird.

Daher wollen sich die beiden Landesregierungen gemeinsam dafür einsetzen, die Wirtschaftsregion Rhein-Main und die Position Frankfurts als führenden europäischen Finanz- und Wirtschaftsstandort zu stärken. Das Gespräch war ein erster Austausch, bei dem folgende Maßnahmen vereinbart wurden:

- Maßnahmen für Standortmarketing und Wirtschaftsförderung sollen in diesem Themenbereich länderübergreifend gebündelt werden.
- Rund um den Brexit sollen gemeinsame Informationsveranstaltungen organisiert werden.
- Rheinland-Pfalz und Hessen sollen im Bundesrat ihre Aktivitäten koordinieren, um die Einbeziehung der Länder bei den Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien sicherzustellen.
- Auch bei der Bewerbung um europäische Institutionen sollen sich die beiden Landesregierungen absprechen.

Nach diesem ersten Sondierungsgespräch sollen erste Zwischenergebnisse der vereinbarten Maßnahmen bereits bis Ende März vorgelegt werden.